

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0,90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Rasse und Erholung“, „Unterhaltungsbildung“. — Durch die Beilagen und Briefträger bezogen 1,20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Netto-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen werden pro Zeile 40 Pf. Verbrieflichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billig berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 8

Sonntag, den 17. Januar 1932

25. Jahrgang.

## Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Mitten in den Vorbereitungen für die Konferenzen in Lausanne und Genf hat die Zusammensetzung der französischen Regierung noch eine Änderung erfahren. Das Kabinett ist kleiner geworden; nicht nur der Zahl nach, sondern auch an Gewicht in der Welt. Wenn im Kriegsministerium André Maginot durch Clémenceaux Adjutanten in Versailles, den äußerst ruhigen und sicher auch befähigten André Tardieu, ersetzt worden ist, dann ist auch die französische Militärpartei vielleicht noch ein Gewinn; und auch die Ausbohrung Brändes darf man, vermehrt durch die Abgleichung der französischen Linien, nicht in Erinnerung an die Stimmung vergangener Jahre beurteilen. Aber auch mit dieser Einschränkung hat Pierre Laval bei der Umbildung seines Ministeriums mehr verloren, als gewonnen. Schließlich hat Laval nicht nur die Abgleichung, seinem bisherigen Kriegsminister und Verbindungsman zur Rechten ein Totenopfer darzubringen, sondern was ihm im Sinn lag, das war die Erweiterung der Regierungsbasis, die Einbeziehung der Radikallisten mit Herriot, und die Einreihung Paul-Boncour und des Senators Barthou in das Ministerkollegium. Das aber ist gründlich mißlungen. Der nächste Wahltermin hat entweder jeden Ehrgeiz erstickt oder aber die Vorsicht verdrängt.

Wie wird nun Laval in dieser Lage außenpolitisch agieren? Wird er sein Liebeswerben um die Radikallisten fortsetzen oder wird er alles darauf abstellen, seine letzte Gefolgschaft fest auf sich zu verpflichten? Die Beantwortung dieser Frage wird die für kommenden Dienstag angekündigte Programmklärung des Ministeriums Laval bringen. Nicht so sehr der Inhalt dieser Erklärung, als vielmehr die Formulierung, die ihr gegeben wird. Auch hier macht der Ton die Musik. Und das ist deshalb, als in der Sache alle französischen Staatsmänner und Parteien weitgehend übereinstimmen. Ob Laval mit dem Koffer in der Hand als fliegender Außenminister durch die Lande reist, oder ob der Angler von Cocherelle von der Völkerbundtribüne herab und in diplomatischen Noten seine Wege auswirft; bisher hat jede französische Regierung sich an Baragranzen geklammert, die Rauf auf Dokumente gegenüber dem Lebensrecht des deutschen Volkes und der Mißachtung dieses Rechtes in Versailles.

Auch jetzt, im Schatten der Reparations- und der Abrüstungskonferenzen, vermischen wir noch jedes Wort aus Paris, das Verständnis für die zerstörende Wirkung der Tribute verrät. Will Frankreich wirklich nach Lausanne gehen, entschlossen, den Youngplan als die Lösung der Reparationsfrage zu verteidigen, die man nur den veränderten Verhältnissen in der Weltwirtschaft anpassen braucht? Ein Verhandlungsprogramm dieser Art würde zwar einen neuen Zahlungsausschub für zwei oder fünf Jahre nicht ausschließen und ebenso nicht die Herabsetzung tributärer logar eine radikale Verminderung der jährlichen Tributaten; auf eine Wiederbelebung des Vertrauens und der Wirtschaftstätigkeit hätten wir dabei aber nicht zu hoffen.

Deutschlands Verhandlungsziel ist deshalb, wie es der Reichsminister dieser Tage in den Unterredungen mit den Botschaftern Frankreichs und Englands und im Gespräch mit dem Vertreter eines deutschen Nachrichtenbüros erneut betont hat, die Streichung der Tribute. Haben wir nicht alle in unserer langen Leidensgeschichte erfahren müssen, daß in der Wirtschaftsmisere der Welt, wie der italienische Ministerpräsident Mussolini im vorigen Jahre sich in Neapel ausdrückte, etwas in Unordnung geraten oder zerbrochen ist, so daß jetzt die Mächte auseinandergeraten und wieder neu zusammengelegt werden muß? Der Stein aber, der zwischen das seine Räderwerk der Wirtschaft geraten und Zahnrad und Menschen zerbrochen hat, ist die politische Verhinderung! Und der Kampf gegen diese Verhinderung ist daher nimmer eine Verletzung der Verträge, sondern immer ein Kampf für Leben und Freiheit!

An der ersten Aufregung über die Erklärung, Deutschland könne noch jetzt noch in Zukunft Reparationen zahlen, hat man in Paris die Mittel unterläßt, die Frankreich eventuell zu Gebote stehen, um Deutschland zu einer Veränderung seiner Haltung zu zwingen. Nun hat zwar schon der alte persische Feldherr Xerxes das unvollständige Meer gepeitscht, aber das die realen Verhältnisse ihm dadurch günstiger geworden sind, ist nicht bekannt. Und so wird schließlich auch heute die reale Tatsache des Bankrotts der Tributverheerung irgendwie Anerkennung finden. Es zeugt von klarer politischer Einsicht, wenn in der letzten Woche in einem im „Popolo d'Italia“ veröffentlichten und Mussolini zugeschriebenen Artikel die europäischen Regierungen aufgefordert werden, die deutsche Tributentlastung als unabänderliche Tatsache hinzunehmen, um so durch ein gemeinsames Vorgehen auch die Vereinigten Staaten für die Streichung der Kriegsschulden zu gewinnen.

Von diesem Grundlag muß jedenfalls jeder Staatsmann ausgehen, der konstruktive Politik machen und fruchtbare Arbeit leisten will. Als völlig unfruchtbar müßte sich dagegen die Politik erweisen, die auf ein Kompromiß des Inhalts abzielt, daß Deutschland wenigstens etwas zahlen soll, nämlich looviel, als es „ohne Gefahr für sich und die anderen“

## Nicht Tage Lausanne?

Reynes empfiehlt: Kurzfristiges Provisorium zur Sicherung der Endlösung.

— London, 16. Januar.

Nachdem nunmehr das neue französische Kabinett gebildet worden ist, rechnet man in englischen Regierungskreisen damit, daß die Tribut-Konferenz, wie geplant, am 25. Januar beginnen wird. Die beteiligten englischen Minister, der Außenminister, der Schatzkanzler und der Handelsminister, wollen am 23. Januar von London abreisen. Sie hoffen, daß die Konferenz rechtzeitig beendet werden kann, damit sie am 2. Februar entweder wieder in London juristisch bzw. an der Eröffnung der Abrüstungskonferenz in Genf teilnehmen können.

Für den kommenden Dienstag und Mittwoch sind Kabinettssitzungen angelegt worden, in denen die kommenden Konferenzen vorbereitet werden sollen. Auch Zolltarifffragen dürften auf der Tagesordnung stehen. Die offizielle Erklärung zur Tributfrage wird in Lausanne erfolgen, während die handels- und zollpolitischen Absichten einige Tage nach Eröffnung der parlamentarischen Tagung bekanntgegeben werden sollen.

Während so die englische Regierung nach wie vor Zurückhaltung wahr, halten, die britischen Sachverständigen, wie bereits dieser Tage die Ausführungen Sir Walter Lantons zeigten, keineswegs mit ihrer Meinung zurück. Einen neuen Beitrag zur Reparationsdiskussion steuert nun der bekannte Reparationsachverständige Reynes bei. Die englischen Zeitungen veröffentlichen die Darlegungen dieses Sachverständigen in großer Aufmerksamkeit, erfreut sich auch Reynes heute besten Ansehens, weil er sich bereits 1919 als britischer Sachverständiger gegenüber dem Verfall der Bahnlinie mitzumachen. Seitdem sind nun alle die überhebenden Wirkungen der deutschen Tribute auf die Weltwirtschaft, die Reynes vorausgesetzt hat, in Erscheinung getreten, und kein Wort von dem doppelten Fluch, der auf den Reparationen lastet, hat sich voll erfüllt.

In seiner neuen Veröffentlichung erkennt Reynes die Notwendigkeit und den Nutzen einer Endlösung der Reparationsfrage an, gleichzeitig vertritt er aber die Auffassung, daß diese Endlösung gegenwärtig angesichts der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und in Preußen nicht zu erreichen ist. Er empfiehlt deshalb in Lausanne:

1. Deutschland die endgültige Festlegung der deutschen Verpflichtungen innerhalb dieses Jahres zu verweigern,
2. mit der Bekanntgabe dieses endgültigen Angebots sechs Monate zu warten, um während dieser Zeit die Entwicklung der Wirtschaftsebene weiter zu beobachten, und
3. zu diesem Zweck den am 30. Juni ablaufenden Zahlungsausschub bis zum 15. Dezember zu verlängern und die Lausanner Konferenz entsprechend zu verlagern.

Die Stellungnahme Deutschlands zu diesem Vorschlag ist zunächst davon abhängig, was mit der „endgültigen Festlegung der deutschen Verpflichtung“ gemeint ist. Denkt man dabei in England an die Streichung der Reparationen,

erübrigen kann für ein derartiges Vorgehen würde es einmal nach der Bezahlung der Kriegsschulden in Nordfrankreich an jedem Recht fehlen, zudem spricht hieraus ein Kleinmut der schlimme Befürchtungen erwecken muß Selbst der einfältigste englische Nationalökonom Sir Walter Lanton hat für eine solche Kompromißlösung nur anzuführen gewußt, von jeder Schuld befreit, werde Deutschlands Weltbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu groß. Nun, wenn sich die europäische Intelligenz darin erschöpfen wollte, natürliche und friedliche Leistungen, die diesem oder jenem unbehagen sind, künstlich zu hemmen, dann wäre allerdings das Schicksal unseres Erdteils belagert! Den Vorschlag, den die nichteuropäische Welt in Auswirkung des Weltkrieges gewonnen hat, können wir schließlich nicht dadurch wieder einholen, daß wir uns gegenseitig am Laufen behindern.

## Italien für Rüftungsausgleich.

Nur auf diesem Wege ist die Wiederherstellung der internationalen Sicherheit zu erreichen.

— Genf, 16. Januar.

Der italienische General de Marinis, der die italienische Regierung im Abrüstungsausschub des Völkerbundes vertrat und auch am maßgebenden Stelle der italienischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz angehört, erklärt in einem Zeitungsartikel, eine Beschränkung des allgemeinen Rüstungsstandes, die nicht zu einer Aufhebung des gegenwärtigen ungleichen Standes der Rüstungen führe, würde keinerlei Wirkung auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ausüben. Man müsse jetzt zu einem Ausgleich der Rüstungen der einzelnen Staaten gelangen. Nur auf diesem Wege sei die Wiederherstellung der internationalen Sicherheit zu erreichen.

dann kann man darüber reden, ob es möglich und nützlicher ist, wenn Frankreich die „bittere Bille der Reparationsannullierung“ statt auf einmal in zwei Hälften schluckt. Bedeutet aber die „endgültige Festlegung der deutschen Verpflichtungen“ nur die Aufstellung eines allerneuesten „endgültigen Zahlungsplans“, dann ist schon eine Diskussion darüber für Deutschland von vornherein ausgeschlossen!

Von Bedeutung für den Fortgang der Diskussion ist ferner der Besuch des italienischen Reparationsachverständigen Beneduce, des Vorsitzenden des Räter Sachverständigenausschusses, in London. Angesichts des großen Einbruchs, den Mussolinis Appell an Europa und Amerika, die politischen Schulden zu streichen, in der ganzen Welt gemacht hat, legt man der Anwesenheit Beneduces in London ein Hinblick auf die Angleichung der englisch-italienischen Stellungnahme große Bedeutung bei.

## Die Tribute praktisch erledigt.

Wie „Financial Times“ meldet, richtet sich die Aufmerksamkeit des englischen Kabinetts darauf, eine Methode zu finden, durch die nach der Eröffnung der Lausanner Konferenz eine günstige internationale Atmosphäre geschaffen werden kann. Laval habe nämlich gewisse ausländische Vertreter in Paris dahingehend verständigt, daß Frankreich die Tributkonferenz nur beschicken werde, wenn vorher ein vorläufiges Einverständnis mit England und Deutschland erzielt worden sei. Die englische Regierung werde sich nicht damit abfinden, die schwierigen, aber wichtigen Fragen auf die lange Bank zu schieben, indem man sie Sachverständigen-Ausschüssen überlasse, wie es offenbar die Politik der Lausanner Konferenz zu werden scheint. Von diesem Standpunkt aus betrachtet habe man auch Zweifel an dem Vorschlag Mussolinis, eine Art Schuldner-Vereinbarung gegenüber Amerika zu bilden. England wolle die Erörterungen im übrigen auf die Tribute beschränken und sie nicht auf die Kriegsschulden ausdehnen.

„Financial Times“ erklärt weiter, es verstärke sich die Ansicht, daß die Tribute unbeschadet des Ergebnisses der Lausanner Konferenz praktisch erledigt seien und daß selbst die Halsstarrigkeit der Franzosen und ihr Widerstand die Tributzahlungen nicht am Leben erhalten werde. Diese Ansicht sei durch die Erklärung Mussolinis und durch Berichte verklärt worden, wonach das englische Kabinett mit der City dahin übereinstimme, daß es besser sei, die Tribute abzuschaffen, anstatt sie nur herabszusetzen.

Von der Stellungnahme der übrigen englischen Zeitungen verdienen noch Andeutungen über die Möglichkeit einer neuen Reihe des Sachverständigen Leit H R o f nach Paris Erwähnung.

In demselben Blatte nimmt Dr. Seipel zu der Abrüstungsfrage Stellung. Er erklärt, die größte Gefahr für die internationale Sicherheit sei heute in dem Nebeneinanderstehen von bewaffneten und zwangsmäßig entwaffneten Staaten zu erblicken. Die entwaffneten Staaten müßten naturgemäß das größte Mißtrauen gegenüber den bewaffneten Staaten empfinden. Die einseitige Entwaffnung führe zur Bildung privater militärischer Organisationen, die von den Regierungen nicht verhindert werden könnten. Aus diesem Grunde müsse die Abrüstungskonferenz vor allem jede Ungleichheit in der Abrüstungsfrage beseitigen.

## Fortschritte der Preissenkung.

Die Preissenkung bei den Gas- und Elektrizitätstarifen nimmt einen erfreulichen Fortgang. Gegenwärtig liegen beim Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, Meldungen von 65 Werken aus dem ganzen Reich über derartige Herabsetzungen der Tarife vor. Ferner hat der Verband der Deutschen Spediteure eine zehnprozentige Senkung in einer Reihe von Städten durchgeführt. Auch die Verkaufspreise für Brennspiritus sind um zehn Prozent herabgesetzt worden.

## 101 neue Osthilfe-Sicherungsverfahren.

— Rostock, 16. Januar.

Die Mecklenburgische Handelskammer in Rostock veröffentlicht eine fünfte Liste derjenigen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber, für die das Sicherungsverfahren der Osthilfe eröffnet worden ist. Danach sind von der Landstelle der Osthilfe in Rostock wieder für 44 Besitzer aller landwirtschaftlichen Besitzgrößen die Sicherungsverfahren eingeleitet. Durch die zuständigen Finanzämter sind 57 Anträge, insgesamt also 101 neue Anträge auf Eröffnung des Osthilfe-Verfahrens gestellt worden.



# Europäischer Vorstoß

von Mussolini gefordert. — Sein Ziel: Schuldentilgung. — Rom, 15. Januar.  
Die Mailänder Zeitung „Popolo d'Italia“ veröffentlichte einen Artikel über die politische Verbindung der Welt. Die Ueberbrückung lautet: Vor der vollendeten Tatsache der Welt. „Mon“ nimmt an, daß der Verfall der Welt der italienische Ministerpräsident Mussolini ist.  
Der Artikel geht davon aus, daß Amerika der einzige Staat ist, der niemand etwas schuldet, der dafür aber die Gläubiger aller ist. Die Tatsache vereinfacht das Problem. Streichung der deutschen Reparationen kommen müßte. Die deutsche Regierung habe amlich durch ihre Vorkämpfer mitgeteilt, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne, weder heute, noch morgen, noch je. Das sei die vollendete Tatsache, könne, daß Deutschland nicht alle Folgen nicht annehmen vorausbedacht habe.

England teile nun mit, daß es keine radikalen Lösungen wünsche. Frankreich finde in der noch unbestimmten Halbtage der Vereinigten Staaten einen Grund zur Unnachsicht. Die Schlüssel liegen allein in den Händen der Vereinigten Staaten. Was sei zu tun? Sollte man Gewaltmaßnahmen ergreifen, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen? Mit welchem Ergebnis?

Die Zeit der Rubrikation sei vorüber. Eine derartige Maßnahme, an der sich in irgendeiner Form zu beteiligen wollen abziehen werden, sei undenkbar. Was verbünde sein? Der einzige Ausweg liege, daß man zwischen den europäischen Staaten mit der Schuldentilgung verhandle und dann Amerika eine gemeinsame Front der europäischen Schuldner zeige.

„Glaubt ihr“ — so führt der Artikel dann weiter fort — „daß die Vereinigten Staaten den Mut hätten, die weiteren Forderungen ihrer Kreditgeber von den europäischen Staaten zu tun? Glaubt ihr, daß die Vereinigten Staaten Europa zwingen würden, den vererbten Kreditlauf, den die Amerikaner zu lassen? Gegenüber einem Willensakt ganz Europas, das durch den gegenseitigen Erlaß der Schulden beweisen würde, daß es die Unterwerfung zwischen Siegern und Besiegten überwinden hat, würden die Vereinigten Staaten nicht den Mut haben, darauf zu bestehen.“

Diese Auffassung wird in einem zweiten Artikel des „Popolo“ näher begründet. In diesem Zusammenhang wird auch der günstige Wirkungsbereich der Hoover-Moralisation anfangs gehabt habe, bis die Zeichen der Genesung ausblieben. „Unter den großen Wasserstrahlen der Prosperität, die die französischen Juristen, die die Finanzberater des Staates nun einmal sind, vornahmen“ — Wenn also schon das einjährige Hoover-Moralatorium die Welt habe wiederbeleben können, so könne man an einer Genesung nicht zweifeln, wenn erst die große Hindernis fortgeräumt sei, das alle Völker augenblicklich in seinem Bann halte.

Aber der erste Schritt müsse in Europa geschehen. Man könne nicht verlangen, daß die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen. Europa müsse die Vereinigten Staaten vor eine vollendete Tatsache stellen, ebenso wie die europäischen Gläubiger Deutschlands die vollendete Tatsache seiner Zahlungsunfähigkeit annehmen müßten. Die große Glorie der Weltwirtschaft, so schließt der Artikel, klinge mit ihren hämmernden Schlägen zwischen beiden Ufern des Atlantik.

## Neues Kabinett Laval.

Caval übernimmt auch das Außenministerium. — Tardieu Kriegsminister.

— Paris, 15. Januar.  
In außerordentlich kurzer Zeit hat Pierre Laval sein neues Ministerium gebildet und sich alsdann logisch dem Staatspräsidenten mit seinen Mitarbeitern vorgestellt. Der Kammer wird sich das Ministerium am Dienstag vorstellen.



VERBODEN RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(12. Fortsetzung.)  
Er war sehr liebenswürdig zu Bolle und hat ihn mit Margherita in seine Loge, von wo aus man die im strahlenden Sonnenlicht dahliegende Bahn ganz überblicken konnte.  
„Sind Sie oft in Grunewald, Herr Bolle?“ fragte der Baron.

Bolle verneinte. „Früher...“ — „Ist das, da hat ich kein Geld dazu, und jetzt fehlt es wieder an Zeit. Aber vielleicht komme ich jetzt öfter, denn ich habe einen neuen, äußerlich tüchtigen Betriebsleiter.“

Das trug ihm einen bösen Blick Margheritas ein. Aber er tat, als bemerkte er es nicht, und fuhr feierlich fort: „Der schmeißt den ganzen Abend! Ja, ja, ein Mann, wie man ihn lachen muß! Du kennst ihn ja, Grete. Ist er nicht ein Kerl, wie man ihn selten findet?“

Das Mädchen würgte an einer Antwort. „So ein Mann ist Goldes wert!“ sagte der Baron verbindlich.

Bolle warf ihm einen freundlichen Blick zu und sah sich dann um.  
„Also das erste Rennen steigt! Sagen Sie, Herr Baron, Sie sind doch sicher 'n Kenner. Sie sehen wenigstens so aus. Wer gewinnt das Rennen?“

Rudolf von Hochgeland lächelte geschmeichelt. „Das ist bei diesem Rennen unbestimmt. Wenn Sie was wetten wollen, dann würde ich Ihnen Seppl empfehlen.“

„Also letzte Bolle den Hengst Seppl.“  
Er wurde zweiter.

Und lo ging es ihm mit allen Pferden, die ihm der Baron nannte. Entweder wurden die Zweite oder blieben ganz hinten.

Das trug natürlich nicht dazu bei, daß Bolle besonders guter Laune war. Immerhin ließ er sich nichts merken. Das letzte Rennen kam.

Wieder nannte ihm der Baron ein Pferd. Therela hieß es. Aber Bolle sagte freundlich: „Wissen Sie, Herr Baron, Sie haben heute Ihren Rechtstag. Jetzt lache ich mir selber einmal ein Pferd heraus.“

„Aber natürlich, Herr Bolle. Das ist ja ein Verkaufssrennen, da ist es ohnehin schmerz.“

Den wichtigsten Punkt der Regierungserklärung dürfte die Stellungnahme zu der Kaufmann Konferenz bilden.

Dem neuen Kabinett Laval gehören 18 Minister und neun Unterstaatssekretäre an. Die Ministerien sind wie folgt besetzt worden: Ministerpräsident und Außenminister: Pierre Laval. Innenminister: Caltha. Justizminister: Leon Berard. Finanzminister: L. Landin. Handelsminister: Charles Dumont. Handelsminister: De Chappedaine. Landwirtschaftsminister: Dumont. Handels- und Wirtschaftsminister: Mollin. Landwirtschaftsminister: Foul. Kolonialminister: Paul Renaud. Minister für öffentliche Arbeiten: Deligne. Unterrichtsminister: Mario Raulin. Gesundheitsminister: Blot. Arbeitsminister: Landin. Pensionsminister: Champetier de Ribes. Postminister: Guernier.

Von dem zurückgetretenen untercheidet sich das neue Ministerium Laval nur wenig.

Die wichtigste Veränderung besteht in der Ausbofung des bisherigen Außenministers Laval. Das Innenministerium ist in die Hände des bisherigen Unterstaatssekretärs Caltha übergegangen, während Lardieu sich noch entschlossen hat, als Nachfolger des verstorbenen André Maginot das Kriegsministerium zu übernehmen. An seine Stelle im Landwirtschaftsministerium tritt der bisherige Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium Foul. Die Unterstaatssekretäre für Inneres und Landwirtschaft sind aufgehoben worden. Alle übrigen Ministerien und Unterstaatssekretariate haben die gleiche Besetzung beibehalten.

## Margarine billiger.

Reichskommissar Dr. Goebel berichtet über weitere Preissteigerungen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit: Die Verhandlungen mit der Margarineindustrie haben zu einer Aushebung der Preisbindung für die billigen Margarinearten geführt. Für diese Sorten bestand bisher eine Kartellbindung, wonach die Preise nicht unter 33 Pfennig gekürzt werden dürfen. Da inzwischen aber schon Margarine für 28 und 29 Pfennig verkauft werden konnte, ist die Preisbindung aufgehoben worden. Die übrigen Margarinepreise sind um 10 v. h. gekürzt worden. Die Preisbindungen hierfür bleiben bestehen.

## Drittes Todesopfer des Bobunglücks.

— Schreiberhau, 15. Januar.  
Das schwere Bobunglück in Schreiberhau hat ein drittes Todesopfer gefordert: Jetzt ist auch die Witwe des Amtsgerichts rassis Theilung aus Breslau ihren schweren Verletzungen erlegen. Frau Theilung hinterläßt eine Tochter, die bei dem Unfall Verletzungen davontrug. Ueber das Befinden der Verletzten hört man, daß sich alle weiteren auf dem Wege der Besserung befinden. Lebensgefahr soll nicht mehr bestehen.

## Arbeitsamt und Arbeitslosigkeit

Richtlinien des Verwaltungsrates für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit.  
Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat mit 15 gegen 3 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der allgemeine Richtlinien für die Bekämpfung der internationalen Arbeitslosigkeit festgelegt werden. Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Aushebung der Ueberstunden, die nur in Ausnahmefällen in einem Mindestrahmen zulässig sein sollen;
2. Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit in den beschäftigten Industrien anstatt Arbeiterentlassungen;
3. Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit in den normal beschäftigten Betrieben zwecks Einstellung von Arbeitslosen;
4. Falls möglich, Herabsetzung der Arbeitszeit auf die Fünf-Tage- und 40-Stunden-Woche.

Die Arbeitnehmerräte im Verwaltungsrat setzen sich in den Beratungen für die 40-Stunden-Woche ein, während die Arbeitgebergruppe den Standpunkt vertritt, daß eine ständige Herabsetzung der Arbeitszeit in den technisch fortgeschrittenen Industrien möglich sei.

Also notierte Bolle gewissenhaft die Starter des letzten Rennens in seinem Rennprogramm.

Plötzlich klagte er: Nummer Dreizehn: Karl der Große. Brauner Hengst aus Favor-Tetta.

Karl der Große?  
War das nicht ein Wirt des Schicksals mit dem Zaunpfehl. Er dachte an Karl Große, der sich ihm unter dem gleichen Namen vorgestellt hatte, und der ein so großer Treffer geworden war.

„Jawoll, das Pferd mußte er wetten.“  
Zweihundert Mark — er hatte bisher nur immer zehnmarkte gewettet — wollte er riskieren.

Ganz vergnügt war er, als er sich dem Baron zuwandte. „Nun, haben Sie Ihr Pferd?“

„Jawoll, ich wette Karl der Große. Zweihundert Markers wette ich!“

Ueberlegen lächelte der Baron. „Das ist eines der Pferde im Rennen, das... keine Chance hat. Sehen Sie sich die Form an. Siebenmal ist das Pferd — es ist ein unzuverlässiges Tier — in der Provinz unplatziert gelaufen.“

„Sie meinen schon recht haben, Herr Baron. Ich habe aber meinen Mumm auf das Pferd, und das ist es. Und wenn das ganze Geld futsch ist.“

Gelagert getan.  
Bolle wettete am Toto zweihundert Mark auf das Pferd „Männchen!“ sagte einer der Welter am Toto.

„Wenn Sie den Schinder wetten, dann kann Sie Ihr Geld gleich zum Fenster rauschmeißen. Wenn der gewinnt, dann gib's. Aber Bolle ließ sich nicht stören. Er steckte die zwanzig Lotofarten in Ruhe ein und begab sich befriedigt wieder auf seinen Platz zurück.“

„Ihr Fräulein Tochter hat eben auf Therela fünfzig Mark angelegt.“ sagte der Baron.

„In Gottes Namen! Wenn mein Pferd gewinnt, dann geb ich ihr das Geld wieder.“

In der Wage, wo die Jockeys ausgewogen wurden, war große Aufregung.  
Der Reiter Karls des Großen, Jockei Theuerkauf, erwies sich als zu betrunken, daß sich die Rennleitung weigerte, ihn auszuwiegen.

Kurzherd kommandierte der Trainer Bill Smith den kleinen Lehrling Wundermann, der erst das zweite Jahr lernte auf das Pferd.

## Grubenunglück in Hindenburg.

Zwei Bergleute durch Brandstich getötet. — Breslau, 16. Januar.  
Das Oberbergamt teilt mit: Auf dem Steinkohlengruben Hindenburg sind durch Brandstich zwei Bergleute getötet und sieben weitere verletzt worden. Verletzten befinden sich aufsteigend nicht mehr in Gefahr.

Der Unfall ereignete sich im Schumann-Stollen. Ein Steiger mit acht Mann verfuhr im einziehenden Luftstrom ohne Gaschuggeräte den Brand im Stollen zu bekämpfen, wurde aber mit den Leuten, die durch andere Kameraden sofort herausgeholt wurden, den Leuten konnte erst nach zwei Stunden durch Rettungsmaßnahmen mit Gaschuggeräten tot geborgen werden. Auf dem Weisfeld derselben Grube wurde ein Mann, der von einem Eisenbahnwagen erfasst und so in ein Lazarett verfrachtet wurde.

## Notruf der Gemeinden.

Eine Entschließung noch nicht gefaßt.  
Vom Deutschen Landgemeindegau und Verband der Preussischen Landgemeinden wird um Mitteilung des Reichsfinanzministeriums eine weitere finanzielle Maßnahme für die Gemeinden und Gemeindeverbände abgefragt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben im Jahre 1931 eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände in der Höhe von 10 v. h. beantragt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände in der Höhe von 10 v. h. beantragt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände in der Höhe von 10 v. h. beantragt.

Dieser gemeinsame Antrag der sämtlichen kommunalen Spitzenverbände ist bisher von der Reichsregierung nicht beantwortet worden. Jendwelmische gemeinsamen Verhandlungen der an dem Antrag beteiligten kommunalen Spitzenverbände mit dem Reichsfinanzministerium sind gleichfalls bis heute noch nicht stattgefunden.

## Ein Elefant eingegangen.

— Antwerpen, 15. Januar.  
Wie nunmehr festgestellt ist, bei dem Brand im Zoo von Antwerpen ein Elefant umgekommen. Es wird berichtet, daß nach ein weiterer Elefant eingegangen sei. Einmalige Dichtungen sind durch die herabstürzenden Elefanten Balen des massiven Zeltbaldachins schwer verletzt worden. Die Brandwunden wurden mit Leinwand bestrichen, man turzte über die Elefanten ausgesprochen hat. Dem Elefanten eine Behandlung mit Neimehl. Der Schaden wird neuerdings auf 15 Millionen RM veranschlagt.

## Der Lehreraufbau in Preußen.

— Berlin, 16. Januar.  
Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtages handelte erneut über einen Antrag, wonach sich 7000 5000 Lehrern Stellen abgebaut und die Durchführung des Baues um ein Jahr bis zum 1. April 1933 verlängert werden soll. Kultusminister Grimme und Innenminister Engel bezeichnen die Abbaumaßnahmen zwar als hart, aber notwendig. Am 31. März würden übrigens 2300 Lehrer in den Ruhestand treten, wodurch ebenfalls Zehntausende in den Ruhestand treten würden. Beschäftigte wurden nicht gekürzt, vielmehr will der Ausschuss erst die Auswirkung der neuesten Maßnahmen des Kultusministeriums abwarten.

Die Rennleitung war damit einverstanden. Also ritt ihn der kleine Wundermann.

Karl der Große, übrigens ein hübschlicher Hengst, den im Ring keine Kapriolen machte, wurde ganz ruhig, als plötzlich der kleine Dreifährhock im Ring erricht und freundlich blickte.

Er hatte keinen gewöhnlichen Reiter aus der Morgenröte wieder erkannt.

Ruhig stand er, als der kleine Wundermann aufsaß, und legte phlegmatisch ein Bein vor das andere, als die starken Pferde auf die Bahn geführt wurden.

Das Rennen ging über 1400 Meter.

Bolle wurde ganz zapplich, als die Pferde auf der Bahn erschienen.

Voll Spannung lugte er durch sein Prismenglas. Mal dort war die Dreizehn, der raffige braune Hengst mit der wallenden Mähne war es.

„Gut sieht er aus, Grete!“ sagte Bolle zu seiner Tochter, ohne das maliziöse Lächeln des Barons zu bemerken. „Die Pferde galoppierten zum Startposten.“

Das Starten begann.  
Es klappte gleich gut.

Fast in Linie kamen die Reiter ab. Bolle stellte fest, daß Karl der Große an zweiter Stelle lag. Theodorich führte mit einer knappen halben Länge die Pferde an.

Sie blieben die ersten fünfshundert Meter auf der gegenüberliegenden Seite dicht beieinander. Dann begann Theodorich nachzulassen.

Karl der Große hatte die Spitze.  
Boll's Erregung stieg mit jeder Sekunde.

„Er muß... er muß gewinnen!“ so war der Satz seines Herzens.

Karl der Große hielt die Spitze.  
Er bog in die kurze Seite ein.



Helserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh. In allen Apotheken  
Stets parat: Apotheke W. Boelm Spangenberg



# Politische Rundschau.

— Berlin, den 16. Januar 1932.

Die Unterhauskommission der deutsch-französischen Wirtschaftskommission werden Anfang Februar ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

1. Sachen gegen die geplante Reichswasserstraßenverwirklichung. Reichswasserstraßenminister Trevelyan beabsichtigt den Reichswasserstraßenminister Schied und den Finanzminister Dr. Brüning, um mit ihnen die künftige Gestaltung der Reichswasserstraßenverwaltung zu erörtern. Die Vertreter der Reichswasserstraßenverwaltung gegen die Gründung einer reichsweiten Sonderverwaltung und bezweifeln auch die von der Reichsregierung von ihren Plänen erhoffte Verbilligung.

## Rundschau im Auslande.

Der deutsche Botschafter von Dösch und der englische Botschafter Lord Tyrer hatten einen Abendschmaus.

Die als Verein gegründete nationalsozialistische Jugendgruppe in Trossau ist von den tschechischen Behörden aufgelöst worden.

An den tschechisch-russischen Verhandlungen über einen Wirtschaftsvertrag soll bereits in grundlegenden Fragen Lebensunterstützung erzielt worden sein.

Der Stadt Renssel sind zur Überwindung ihrer Finanzschwierigkeiten Staatsgelder in Höhe von etwa 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

## Prärrer vor einem litauischen Kriegsgericht.

Das Kriegsgericht in Kovno verurteilte den katholischen Prärrer Kallenas wegen regierungsfeindlicher Agitation zu zwei Monaten Arrest bzw. zu 1000 Lit Geldstrafe.

**Vollstreckung über das Alkoholverbot in Amerika?**

Die Führer der republikanischen und demokratischen Alkoholverbotgegner im amerikanischen Abgeordnetenhaus haben einstimmig beschlossen, noch in diesem Sitzungssabstanz die Entschärfung des Kongresses über den beschlossenen verfassungsändernden Entwurf herbeizuführen, der das Prohibitionsgebot dem Volk zur öffentlichen Abstimmung unterbreiten soll.

## Präsident Hoover kandidiert wieder.

Der Generalsekretär Brown, der der Wahlmacher Hoover ist, beabsichtigt den Präsidenten im Weißen Haus, Tanaka erklärte er, daß Hoover ohne Zweifel wieder bei der Präsidentschaftswahl aufgestellt werde.

## Moskaus Gottlosenpropaganda.

Rundfunk-Vortrag des Generalsekretärs Dibelius.

In der aktuellen Stunde des Deutschland-Senders sprach Generalsekretär Dibelius über das Thema: „Gottlosenpropaganda und Christentum“. Der Vortrag war veranstaltet durch den „Spaziergang durch das antireligiöse Museum in Moskau“, der von dem russischen Gewerkschafts-Sender am Weihnachtstag in deutscher Sprache gehalten worden ist.

Generalsekretär Dibelius hob hervor, daß diese Moskauer Sendung nicht für die Deutschen in der Sowjetunion bestimmt gewesen sei, sondern für das deutsche Volk. Man stehe also vor der Gefahr einer Propaganda der

Gottlosen, die ein fremder Staat auf deutschem Boden treibt. Der Behauptung des Moskauer Senders, daß der Glaube an die Existenz der Menschen unaufgeklärt mache für dieses irdische Leben, stehe die Erfahrung der deutschen Geschichte in zwei Jahrhunderten gegenüber, die gezeigt habe, daß die Schaffenskraft der Menschheit in denen der christliche Glaube eine tiefste Kräfte entfaltete hat.

Der Siegeszug der Technik habe die Menschen eine Zeitlang im Schlaf gehalten. „Wir im Abendland aber haben erkannt“, erklärte D. Dibelius wörtlich, „daß über diesem Taumel des Maschinenzeitalters der Mensch zugrunde geht. Wir werden uns durch die Propaganda der Gottlosen-Verbände nicht um Jahrzehnte unserer geistigen Entwicklung zurückwerfen lassen.“

## Öffentliche Versammlungen

der D. L. G.

In der Zeit vom 4. bis 6. Februar veranstaltet die Deutsche Landwirtschaftliche Gesellschaft eine Anzahl öffentlicher Versammlungen, in denen der jetzigen Lage der Landwirtschaft besonders Rechnung getragen wird. In der am 6. Februar stattfindenden Hauptversammlung wird Reichsminister Schlangensiefen über das Thema: „Welche Wege sind einzuschlagen zur Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe unter besonderer Berücksichtigung der Tierhaltung?“ sprechen. Auf der gleichen Veranstaltung werden nach Professor Brinmann, Bonn und Rittergutsbesitzer von Flemming, Bielefeld über „Schuldensituation und Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft“ Vorträge halten.

## 1,6 Mill. Wohlfahrtserverswerbslose

Dezemberzuwachs: 120 000.

Die Zahl der Wohlfahrtserverswerbslosen, d. h. der Arbeitslosen, die noch nicht oder nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge unterstützt werden und daher den Gemeindehaushalt belasten, ist nach Mitteilung des Deutschen Städtebundes im Dezember weiter stark gestiegen. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohner betrug der Zuwachs seit dem 30. November rund 90 000, d. h. 8,6 v. H. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfte sich am 31. 12. 31 der Zuwachs gegenüber dem Vormonat auf mindestens 120 000 belaufen, so daß Ende Dezember in der öffentlichen Fürsorge insgesamt rund 1 650 000 Erwerbslose betreut wurden. Im vergangenen Jahre haben sich die Wohlfahrtserverswerbslosen nahezu verdoppelt. Unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Standes beträgt die finanzielle Belastung der gemeindlichen Fürsorge, aufs Jahr gerechnet, rund 1 Milliarde Mark, wenn ein Aufwand von nur 625 Mark je Partei und Jahr angenommen wird.

## Berlins „ungekrönter König“.

Aus dem Sklarek-Projekt. — Hoffmann macht Rolenthal verantwortlich.

Im Sklarek-Projekt forderte Rechtsanwalt Bindar den Stadtbankdirektor Hoffmann auf, „endlich einmal die Wahrheit zu sagen“, damit die Hintergründe klar würden, durch

die die Sklarek-Kredite ermöglicht worden seien. Hoffmann erwiderte, er könne keine anderen Hintergründe angeben, als die eigenartige Stellung des Stadtbankdirektors Rolenthal als h. a. Rolenthal und Stadtkammerer Dr. Langen eine Freundschaft gewannen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Hoffmann die Kredite bearbeitet habe, erwiderte Hoffmann, das sei nicht zu beantworten. Rolenthal sei beim Magistrate Sklareks eingetreten, weil er ein gutes Geschäft mit den Gebrüder Sklarek machte. Ein Sachverständiger hat einmal erzählt, daß Rolenthal bei den Sklareks einen großen Umsatz von 300 000 Mark hatte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung machte Sklarek Hoffmann vor, daß dieser nach dem Tode des Bankrats Bamberg zu ihm gelangt habe, er solle mit Hoffmann befreundet sein, während Hoffmann, der ein nem Bruder zustimme. Hoffmann erwiderte, das sei unmöglich, daß er gelangt habe, Rolenthal sei bei Sklarek-Krediten gebraucht. In eingeweihten Kreisen sei Rolenthal als der ungetrübte Herrscher der Sklarek-Bank in Berlin bezeichnet worden. Stadtbankdirektor Rolenthal sagte aus, daß im Hause Rolenthals die Politik der Sklarek-Bank gemacht worden sei. Rechtsanwalt Bindar erklärte, daß die Zukünfte, die Rolenthal über die Sklarek-Bank hätte, als groß fälschlich bezeichnet werden müßten. Als Rechtsanwalt Bindar von der Freundschaft zwischen Rolenthal und Sklarek sprach, erklärte letzterer, daß Rolenthal Freundschaft nur aus einem Zweck, der Gegenbehalten bestanden habe. Die Betreuung der Sklarek-Bank habe ihm nicht unerhebliche Kosten gemacht.

## Entscheidung vorbehalten.

NSDAP. und Volkswahl des Reichspräsidenten.

— München, 16. Januar.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit, daß die Meldungen für völlig unzutreffend, wonach in den Verhandlungen um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten seitens der nationalsozialistischen Parteiführer über die Kandidatenfrage für die fassungsmaßige Volkswahl verhandelt oder auch nur gesprochen worden sei. Was in den Verhandlungen zur Erörterung stand, sei die Liquidierung der Brünnung in einer für die Interessen des deutschen Volkes traglichen und angemessenen Weise gewesen. Darüber aus habe die NSDAP. zur Volkswahl selbst in den Verhandlungen keinerlei Stellung genommen und sich ihre Schlüsse vorbehalten.

## Ministerattentat in Oesterreich vereitelt.

Auf Anzeige eines Nationalsozialisten wurden in Wien zwei Heimwehrleute verhaftet, die im Verdacht stehen, ein Attentat auf den österreichischen Innenminister Dr. Schönerer vorzubereiten zu haben. Es konnte noch nicht geklärt werden, ob der Verdacht begründet ist. Als Hauptverdächtiger der arbeitslose Kellner Ullrich aus Plauen im Vogtland.

**Sonntag, den 17. Januar**

**Bockbier-Abend**

**Konzert**

ab 3 Uhr

**Hotel Heinz.**

**T. V. „FROHER“ MUT SPANGENBERG**

Sonnabend, den 16. Januar 1932 im Saale des „Grünen Baums“ (Vereinslokal)

**7.30 Uhr Vorstandssitzung**

**8.30 Uhr Jahreshauptversammlung**

- Tagesordnung:**
1. Abrechnung vom Weihnachtsgewinn.
  2. Jahresabrechnung des Kassierers, sowie der Handball-Abteilung.
  3. Jahresbericht des Vorsitzenden, des Oberturnwartes, des Spielwartes, Jugendwartes und Schwimmwartes.
  4. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
  5. Aufstellung eines Vorstands-Aufschlages für 1932.
  6. Ermäßigung und Festlegung der Mitglieder-Beiträge.
  7. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Auch die Turnerinnen sind zur Versammlung eingeladen.

Ueber die Mitglieder, die bis zur Jahreshauptversammlung mit der Beitragszahlung im Verzug sind, wird in der Vorstandssitzung einseitig Befehl erteilt.

J. A. Chr. Engeroth,  
1. Vorsitzender.

Von jetzt ab sind bei mir laudend alle

**Ferkel und Läufer Schweine**

zu haben zu den billigsten Tagespreisen.

**Kehr, Ebersdorf.**

Am Sonntag, den 17. Januar nachmittags 2 Uhr in Gastwirtschaft Klein

**Öffentl. Versammlung der K. P. D.**

Referent: Weibhindermeister Jung, Hess-Lichtenau

**Thema: Die N. S. D. A. P. der große Volksbetrug.**

Eintritt 20 Pfg. — Erwerbslose 10 Pfg.  
Unbeschränkte Aussprache.

Es ladet hierzu ein  
**Kommunistische Partei Deutschlands**  
Ortsgruppe Spangenberg.

**Freiwillige Feuerwehr**

Zu unserem diesjährigen

**Wintervergnügen**

am Sonntag, den 17. Jan., bei 2 Uhr

werden alle aktiven und passiven Mitglieder herzlich noch-  
mals herzlich eingeladen.

Büchlich 6 Uhr

**gemeinsames Essen**  
bei Gastwirt Stöhr

anschließend

**BALL**

Das Kommando.

**Gesangsverein**

„Liedertafel“

Mittwoch Abend 8.30 Uhr  
1. und 2. F. no

**Gesangsstunde**  
im Kaffeehaus

Der Vorstand.

**Fabrik elektrot. Apparate**

**sucht tücht. Vertreter**

sowie Propaganda-Dame.

Angebote mit Referenzen an die Geschäftsstelle.

**Wissen Sie schon -**

daß die schönste deutsche Monatschrift Westermanns Monatshefte ihren Preis nicht nur bedeutend herabgesetzt, sondern auch einen Abonnementspreis eingeführt hat?

**Sie sparen**

gegenüber dem bisherigen Preis jährlich M. 3.60

Benutzen Sie diese selten günstige Gelegenheit und bestellen Sie noch heute bei einer Buchhandlung Westermanns Monatshefte. Sie werden für diesen Rat bestimmt dankbar sein.

Die Einführung des Abonnementspreises erleichtert die Werberwerb. Werber in allen Orten gesucht

**Gutschein**

An den Verlag Georg Westermann Braunschweig

Bitte senden Sie mir unverbindlich, kostenlos eine Probeausgabe von Westermanns Monatsheften mit 100 S. Text, 60 bis 70 Illustrationen und bunten Bildern und etwa 7 Kunstbeilagen. 30 Pf. für Porto (auch Zus. landesmarke) füge ich bei.

Ort, Datum

Name

Beruf

**Kirchliche Nachrichten.**

Sonntag, den 17. Januar 1932.

2. Sonntag nach Epiphania

**Gottesdienst in:**

**Spangenberg.**

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Nachmittags 2 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

**Bezirk Weidelsbach.**

9 Uhr: Pfarrer Hühndorf.

11 Uhr: Pfarrer Hühndorf.

12 Uhr: Pfarrer Hühndorf.

**Kirchliche Vereine.**

Montag Abend 8 Uhr: Mütterverein

Dienstag Abend 8 Uhr: Jung-Mädchen-Verein

Mittwoch Abend 8 Uhr: So. Frauenhilfe.

Donnerstag Abend 8 Uhr: Jung-Männer. Eist.